



# Ein Land am Abgrund

Venezuela im Würgegriff  
seines Präsidenten

Venezuela durchlebt seine tiefste politische und soziale Krise seit dem Ende der Militärdiktatur des Generals Jiménez am 23. Januar 1958. In Politik, Medien und Gesellschaft tobt der Kampf der „Bolivarischen Revolution“ von Präsident Hugo Chávez Frias gegen ein westlich geprägtes, repräsentatives Demokratiekonzept.

Chávez will mit allen Mitteln die Macht der privaten Wirtschaft brechen. „Die Revolution fordert, was das Volk braucht“, erklärt er in einer seiner wöchentlichen TV-Ansprachen, die über den öffentlich-rechtlichen Sender „Venezuela de Televisión“ (Canal 8) landesweit ausgestrahlt werden. Canal 8 ist zum reinen Propagandainstrument der Regierung und der Revolution geworden. Staatliche Gelder werden genutzt, um die Opposition zu diffamieren und die Erfolge der Revolution in schönsten Bildern und Farben zu zeichnen. Präsident Chávez versteht sich als Retter für Venezuela und als Befreier von Lateinamerika. Nach seiner festen Überzeugung genießt seine Revolution größte, weltweite Zustimmung. „Das Tal von Caracas (wo immerhin mehr als 5 Millionen Menschen wohnen, Anm. d. Verf.) kann die Massen nicht aufnehmen“, wenn Chávez die Sympathisanten der „Bolivarischen Revolution“ aus Lateinamerika zusammenruft – so sehen es seine Anhänger.

Vor kurzem noch füllten seine Gegner das Tal. Demonstrationen mit zum Teil mehr als einer Million Menschen zeigten seine schwindende Popularität. In der Zeit des Generalstreiks, von Anfang Dezember 2002 bis Anfang Februar 2003, waren Protestzüge mit mindestens 100.000 Teilnehmern die „Norm“. Oft wurden es mehr, wenn Chávez wieder einmal seinen Hass und seine Angriffe gegen Personen und Institutionen der Opposition richtete. 450.000 Menschen waren „über Nacht“ organisiert, um gegen die Angriffe auf die freien Medien zu demonstrieren. Mehr als 600.000 unterstützten die „Gente de Petróleo“ (Menschen des Öls), die neben den Medien den entschiedensten Widerstand leisteten und leisten. 15.000 Angestellte der staatlichen Ölholding „PDVSA“ haben für ihren massiven Protest einen hohen persönlichen Preis gezahlt – die

Arbeitslosigkeit. Die Führungspersönlichkeiten des Ölstriks werden inzwischen per Haftbefehl gesucht. Sie sind landesweit zur sofortigen Festnahme ausgeschrieben.

Zu den „Aktivisten“ der Demos und des Streiks gehören vor allem die Frauen und die junge Generation. „No tenemos miedo“ (wir haben keine Angst), skandieren sie und reihen sich in die Spitze der Demonstrationen ein, da, wo man mindestens mit Tränengas, Schlagstock und Gummigeschossen der Sicherheitskräfte rechnen muss, meistens aber auch noch mit gewalttätigen Angriffen der Anhänger des Präsidenten. Frauen waren es auch, die in den „heißen Wochen“ des Streiks als erste protestierend zur Stelle waren, als Einheiten der „Guardia Nacional“ unter Führung von „General Rülps“ Privatfirmen durchsuchten und Lebens-

mittel und Getränke beschlagnahmten. „General Rülps“, weil Brigadegeneral Acosta, anschließend mehrmals für seinen Einsatz dekoriert und von Chávez öffentlich gelobt, vor laufenden TV-Kameras Malzbier aus einem der eigenhändig beschlagnahmten Lager in sich hineinschüttete und dann mehrmals in die Kamera rülpsste. Seine Einheiten verprügelten in brutaler Weise die protestierenden Frauen, schleuderten eine so aufs Pflaster, dass Gehirnerschütterung und Schädelanbruch die Folge waren.

Der Protest gegen Chávez ist ein Protest der jungen Generation. Mit den Landesfarben phantasievoll geschminkt und gekleidet, singen und schreien sie ihn seit Monaten heraus. Die venezolanische Volksmusik kennt den „spontanen Streitgesang“ und hat schon immer auf Tagesereignisse reagiert.

**Sie zahlten für ihren Protest einen hohen Preis: Tausende Angestellte der staatlichen Ölholding wurden vom Präsidenten kurzerhand entlassen.**





Protest-Hits sind der Renner, die CDs gehen weg wie warme Semmeln. Und so hat manche Demo eher Züge einer tropischen Tanznacht, als eines grimmigen politischen Aufmarsches.

Sammelpunkt der Jugend ist die „Plaza Francia“ im Bezirk Altamira, nahe dem Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zur Zeit des Generalstreiks war die Plaza der Treffpunkt in den Abendstunden und am Wochenende. Auftritte von Pop und Politik auf einer Tribüne, die fast im Wochenrhythmus erweitert werden musste, weil immer mehr auf ihr Platz finden wollten – natürlich besonders zu den Liveschaltungen der Privat-TV-Sender –, zuzüglich noch Madonnen, Plakate, Kerzen, Fahnen, Solidaritätsadressen, Tische und Stühle und die Reporterschar. Der „Devotionalienhandel des Protestes“ hat rasante Zuwachsraten erfahren. Es sind fliegende Händler, überwiegend aus dem Chávez-Lager, die sich dieses Geschäft auch beim Gegner nicht entgehen lassen. Aber auch diejenigen, denen die wirtschaftliche Entwicklung Venezuelas den Abstieg vom Mittelstand unter die obere Armutsgrenze beschert, sind aktiv. Und für Wochen ist die Plaza eine bevorzugte „Sammelstelle“ (im doppelten Wortsinn) für Straßenkinder und indigene Bevölkerung. Gerade die Gruppen, die Chávez aus ihrer Not befreien wollte. Ihnen hatte er bei seinem Amtsantritt im Februar 1999 theatralisch versprochen, wenn sie zwei Jahre nach Beginn seiner Präsidentschaft noch „auf den Straßen“ seien, könne die Bevölkerung ihn aus dem Amt jagen. Nach Auffassung der Opposition nur eines seiner nicht eingehaltenen Versprechen.

Mit dem Ende des Generalstreiks im Februar hat eine Phase der Orientierungslosigkeit begonnen. Die Sammelpunkte für Demonstrationen der sich wieder zersplitternden Opposition werden leer und leerer. Doch das gilt auch für die Hochburgen des „Chavismo“. Der Präsident verlegt seine Aktivitäten aus Angst vor Attentaten in geschlossene Räume und in die Regionen. Von

dort hat er in den 90er Jahren seinen Siegeszug in die Hauptstadt begonnen. Von den Regionen aus will er aufs Neue die Revolution stärken und Caracas „zurückerobern“.

Ein Beispiel dafür ist „seine“ Demo am 23. Januar 2003. Mehrere Stunden beobachte ich, im Zug mitmarschierend, seine Anhänger und sammelte Informationen. Sofort als Ausländer identifiziert, höre ich – wie auch sonst bei Versammlungen der Chávez-Anhänger – die Bitte, nur objektiv und positiv zu berichten, nicht die Lügen der Medien und der Opposition zu verbreiten. „Wir lieben Chávez“; „Chávez ist nicht vom Volk, sondern von Gott gerettet worden“; „wirtschaftlich geht es mir schlechter, aber vom Selbstwertgefühl deutlich besser“; „ich kämpfe für Chávez, auch wenn es den Tod bedeutet“ – das sind nur einige der immer wieder aus tiefster Überzeugung geäußerten Meinungen. „Was haben wir von denen zu erwarten?“, lautet die oft gestellte

Frage mit Blickrichtung auf die Wohnviertel der Oberschicht und des Mittelstandes, wo auch wir unser Haus gemietet haben. Ja, was haben sie von der Opposition zu erwarten, die zwar „über die Armut“ spricht, aber noch viel zu wenig „mit der Armut“? Botschaft und Botschafter fehlen, und so bindet sich ein guter Teil von Venezuelas Bevölkerung weiter an Chávez, auch wenn er sie noch so sehr enttäuscht hat und ihre Lage schlechter als bei seinem Amtsantritt ist. Aber immerhin spricht er ihre Sprache und gibt ihnen das Gefühl, sie in ihrer Not zu begleiten.

Das politische Klima hat sich binnen Jahresfrist dramatisch verschlechtert. Wo am 23. Januar noch ein quergestelltes Motorrad der „Guardia Nacional“ die Marschzüge der Opposition und des Präsidenten trennte, sind heute oftmals stark bewaffnete Ordnungseinheiten notwendig, um die Opposition vor Übergriffen zu schützen. Essig und

Wasser gehören für viele zur Standardausrüstung: Wasser um den Mund auszuspülen, wenn das Tränengas zum Erbrechen führt; Essig, um die Atemwege wieder frei zu bekommen. Während ich, zwischen zwei Straßenzügen eingeklemmt von Opposition und Regierungsanhängern, im ersten Tränengasnebel den Gang der Dinge beobachtete, goss mir eine alte Dame eine halbe Flasche Essig über Kopf und Hemd – und sorgte so dafür, dass ich in den folgenden Stunden Informationen sammeln und fotografieren konnte.

Der Familienalltag ändert sich je nach Demolage. Nicht nur weil unser Haus in Rufweite der beiden Hauptsammelpunkte der Opposition liegt, sondern weil Schulausfall und Umleitungen an den Großkundgebungstagen der Normalfall sind. Zur Zeit des Generalstreiks musste die Familie das Land verlassen. Aus Sicherheitsgründen – es gab immerhin zahlreiche Tote und Verletzte bei den Demonstrationen – sollte nur noch das „unbedingt erforderliche Personal“ im Land bleiben (Empfehlung des Auswärtigen Amtes). Verständlich: Wenn sich die Lage noch mehr zugespitzt hätte, hätte

man nur einen Platz im Flugzeug für die Ausreise ergattern müssen, nicht fünf für die gesamte Familie.

Wie ist die Position der Konrad-Adenauer-Stiftung in einem so gespaltenen Land? Natürlich stehen wir eindeutig auf der Seite der Demokraten, die tatsächlich die politische und personelle Erneuerung des Landes wollen und nicht – nach einer Ablösung von Chávez – die Rückkehr zum vorherigen Stand und Stil. Die Stiftung ist gefragt, vor allem bei Nichtregierungsorganisationen (NGO) und den Gruppen und Parteien der Opposition. Es geht nicht nur um Finanzmittel, sondern auch um internationale Erfahrungen von Krisenlösungen. Die KAS hat in den Monaten der permanenten Krise, also ab April 2002 bis heute, ihr Engagement beständig verstärkt und auch brisante Themen aufgenommen. Die Konferenzserie „Militär in der Demokratie“ war 2002 nur unter zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen durchführbar: gut bewacht von eigenen Sicherheitskräften, Stadtteil- und Hauptstadtpolizei, ergänzt durch zahlreiche „freundliche Herren mit ausgebeulten Jacken“ im Hotelfoyer und unter Beteiligung etlicher Chávez-Anhänger.

Sie verstummten allerdings in der angespannt-sachlichen Tagungsatmosphäre und äußerten trotz Aufforderung nicht ihren Protest gegen die Veranstaltung.

An der Konferenzreihe „del periodismo que tenemos al el periodismo que queremos“ (vom Journalismus, den wir haben, zum Journalismus, den wir wollen), die meine Kollegin Anja Czymmek erfolgreich in Caracas und den Regionen durchführt, nehmen auch Befürworter der Regierung teil, und es gibt sachlich-kritischen Austausch der Argumente, sowohl zur Medienpolitik des Präsidenten als auch zu den Aktionen der Privatmedien. Im venezolanischen Parlament veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung eine internationale Konferenz zur „Stärkung des Parlaments in Krisenzeiten“ – ein hochkarätiger Kongress, auch wenn er wegen der Sicherheitslage auf dem Vorplatz des Gebäudes vom Parlamentsvizepräsidenten vorzeitig abgebrochen werden musste. Unsere als Gäste geladenen Abgeordneten aus Spanien, Chile und Nicaragua bekamen einen lebendigen Eindruck, vor allem, als der nicaraguanische Botschaftswagen ausgerechnet vor dem Haupteingang des Außenministeriums von „motorizados“ zum Anhalten aufgefordert und die Herausgabe der Uhren und des Bargeldes mit Fingerzeig auf die Pistole im Gürtel gefordert wurde.

KAS-Arbeit und Kooperation während der Krise: ein Feld voller neuer Herausforderungen und Improvisationen, erschwert durch akuten Geldmangel, weil der Devisenhandel über Wochen ausgesetzt war. Aber vor allem eine Zeit des Zusammenrückens mit den Partnern und eine Periode der verstärkten Nachfrage nach zusätzlichen Expertenprogrammen und Kooperationsmöglichkeiten. Es geht um viel: um Installierung und Erhaltung eines modernen demokratischen Systems in Venezuela – trotz oder gerade wegen der Antwort des Präsidenten Chavez auf 13 Millionen gegen ihn gerichteter Unterschriften: „Niemand und Nichts wird uns aus dem Amt entfernen.“

MICHAEL LINGENTHAL  
LANDESBEAUFTRAGTER IN VENEZUELA

